Vorlage

zur Sitzung des Werkausschusses am 13.03.2019

Ö 4.1: Beratung und Beschlussempfehlung zur Änderung der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB)

Eine Änderung der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen (AEB) fällt lt. § 22 (3) Ziffer 6 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommerns in die Zuständigkeit der Stadtvertretung. Gemäß § 6 (1) der Satzung des Eigenbetriebes SAE berät der Werkausschuss die Angelegenheiten, die von der Stadtvertretung zu entscheiden sind, vor.

Seit dem 25.05.2018 ist bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) anzuwenden. Nach Art. 13 Abs. 1, S. 1 DSGVO hat der Verantwortliche den betroffenen Personen im Zusammenhang mit der Erhebung von personenbezogenen Daten die Pflichtinformationen der lit. a) - f) sowie der Absätze 2 und 3 mitzuteilen.

Die Aufnahme dieser Pflichtinformationen in die Allgemeinen Entsorgungsbedingungen (AEB) und deren öffentliche Bekanntgabe haben die Wirkung, dass die Informationspflichten nach der DSGVO dem Kunden der Abwasserentsorgung gegenüber erfüllt werden und keine Einzelnachweise mehr erbracht werden müssen. Dadurch kann der Aufwand für die SAE in Grenzen gehalten werden. Es sind dann keine Anschreiben an jeden einzelnen Kunden erforderlich.

Beschlussvorschläge:

1. Der Werkausschuss stimmt der Änderung der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB) der Landeshauptstadt Schwerin gemäß Anlage A zu.
2. Der Werkausschuss empfiehlt der Stadtvertretung die unter Ziffer 1 genannten Änderungen zu beschließen.

Anlagenverzeichnis

Vorlage für die Stadtvertretung

- A Änderung der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB) der Landeshauptstadt Schwerin

- A1 Lesefassung der AEB inklusive der vorgeschlagenen Anpassungen im Änderungsmodus